

Antrag

der Abgeordneten Sören Pellmann, Susanne Ferschl, Doris Achelwilm, Simone Barrientos, Matthias W. Birkwald, Dr. Birke Bull-Bischoff, Anke Domscheit-Berg, Brigitte Freihold, Nicole Gohlke, Dr. Achim Kessler, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Cornelia Möhring, Norbert Müller, Dr. Petra Sitte, Jessica Tatti, Harald Weinberg, Katrin Werner, Pia Zimmermann, Sabine Zimmermann (Zwickau) und der Fraktion DIE LINKE.

Menschenrecht auf Barrierefreiheit auf allen Bildungsetappen garantieren – UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) ist seit zehn Jahren rechtsverbindlich in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Diese Konvention verpflichtet die Vertragsstaaten insbesondere in Artikel 9 Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen zu schaffen. Zu beseitigen sind nicht nur bauliche, sondern auch die kommunikativen Barrieren und die Barrieren in den Köpfen. Daher sind auch verstärkt bewusstseinsbildende Maßnahmen für alle Akteure sehr wichtig.

Barrierefreiheit nutzt allen Menschen - älteren Menschen, Müttern und Vätern mit Kinderwagen und Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Daher sind Investitionen in Barrierefreiheit Investitionen in die Zukunft einer vielfältigen und solidarischen Gesellschaft.

Umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen ist eine Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und altersbedingten Beeinträchtigungen. Leider werden viele dieser Menschen auch nach zehn Jahren Rechtsverbindlichkeit der UN-BRK immer noch aufgrund vielfältiger Barrieren an der gesellschaftlichen Teilhabe gehindert und damit diskriminiert. Dies ist dringend zu beseitigen.

Viele Bildungseinrichtungen sind immer noch nicht barrierefrei. Inklusion wird zu oft zum Kostenfaktor, der eingespart werden soll. Dies darf nicht sein. Für die Schaffung eines barrierefreien und inklusiven Zugangs zu allen Bildungsetappen wird eine Gesamtanstrengung von Bund und Ländern benötigt. Dafür müssen ausreichend finanzielle Mittel und mehr Personal bereitgestellt werden.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. in Zusammenarbeit mit den Ländern die UN-BRK auch in allen Bildungsetappen (von Kitas über Schulen bis Fach-/Hochschulen sowie Volkshochschulen usw.) konsequent umzusetzen. Dafür ist ein Investitionsprogramm „Inklusive Bildung“ aufzulegen, um alle Bildungseinrichtungen umfassend barrierefrei zu gestalten, umzubauen und auszustatten. Dazu gehören auch barrierefreie Kommunikationsformen und Lehrmaterialien sowie -methoden. Dabei ist das Recht auf angemessene Vorkehrungen gemäß der UN-BRK zu garantieren;
 2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, um das Kooperationsverbot vollständig aufzuheben und
 - a) gemeinsam mit den Ländern die inklusive Pädagogik in der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung sowie der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und den Ausbau der Studienplätze für Lehramtsstudierende voranzutreiben;
 - b) gemeinsam mit den Ländern für vorhandene Lehrkräfte Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu entwickeln, damit diese barrierefreie Kommunikations- und Lehrformen für alle Menschen mit den unterschiedlichsten Behinderungen erlernen.

Berlin, den 5. November 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.